

# LICHTBLICK

MITTEILUNGSBLATT DER DKP LEIPZIG AUSGABE 3-2007

Nur 10 Cent



## Ursache und Wirkung

Zum 1. September - Weltfriedenstag

Im Stadtbild wird anhand der Verteilung von Gründerzeithäusern, Freiflächen und Alt-Neubauten kaum noch nachvollziehbar, wie das vor und nach 1945 in Leipzig ausgesehen haben mag. Das lässt sich nur anhand alter Pläne rekonstruieren. Von denen, die sich noch an diese Zeit und die davor liegenden Bombennächte erinnern können, leben nicht mehr viele. Damals war und heute ist immer mal wieder die Rede von ‚angloamerikanischen Terrorangriffen‘.

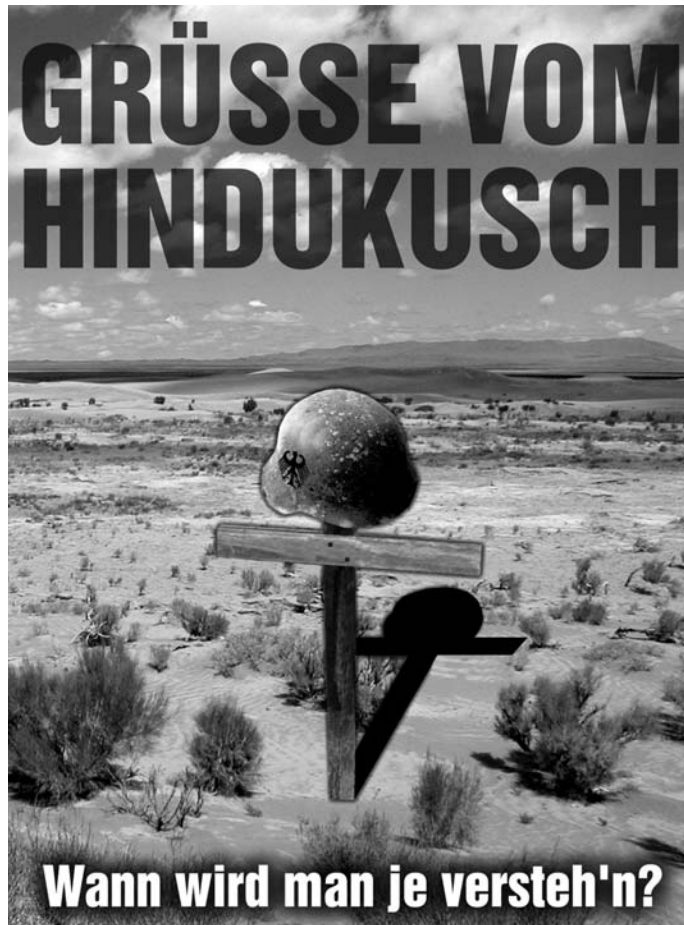
Stimmt: Die Haager Landkriegsordnung (Reichs-Gesetzblatt Nr. 2 vom 25.01.1910) verbietet unter Artikel 23g "die Zerstörung oder Wegnahme feindlichen Eigentums außer in den Fällen, wo diese Zerstörung oder Wegnahme durch die Erfordernisse des Krieges dringend erheischt wird." Und Artikel 25 "untersagt, unverteidigte Städte, Dörfer, Wohnstätten oder Gebäude, mit welchen Mitteln es auch sei, anzugreifen oder zu beschießen."

In Leipzigs Innenstadt gab es außer dem Bahnhof nur wenige Objekte, die auf Grund ihrer militärischen Bedeutung Angriffsziele waren. Aber in Wahren, Mockau, Möckern, Thekla, Portitz, Schönefeld, Plagwitz, und allen anderen Stadtteile stand ein Rüstungsbetrieb neben dem anderen. Viele wollten das damals nicht wissen und kaum jemand weiß es heute noch: Leipzig war seit Mitte 1944 bis April 45 das größte noch funktionierende Rüstungszentrum Hitlerdeutschlands.

Die punktgenaue Bombardierung der Erla-Werke am Vierzehnbaumweg bewies: Die alliierte Luftwaffe war durchaus in der Lage, zivile und militärische Objekte zu unterscheiden. Ergo: Die Bombardierung der Leipziger Innenstadt war ein Kriegsverbrechen.

Trotzdem ist da zumindest an drei Dinge zu erinnern:

Die deutsche Luftwaffe war es, die mit der Bombardierung von Guernica, Warschau, Rotterdam, Coventry, London, Minsk, Leningrad



Grafik: Marc Ranstetter

und einer Unzahl anderer Städte und Dörfer diese Art einer verbrecherischen Kriegsführung einleitete. Das ist keine Rechtfertigung aber: Was in Hamburg, Dresden und Leipzigs Innenstadt geschah: Hier wurde mit gleicher Münze für Verbrechen heimgezahlt, von denen angesichts vieler Zwangsarbeits- und KZ-Lager in und um Leipzig keiner sagen konnte, er habe nichts gewusst

Zweitens sollte nicht vergessen werden, dass die Stadt Leipzig relativ ‚leicht‘ davon kam: Die Bombardierung der HASAG hätte allein schon auf Grund der dort zu Granaten, Munition und Panzerfäusten verarbeiteten Mengen an Sprengstoff ein unvorstellbar größeres Chaos angerichtet.

Und drittens sei schließlich auch daran erinnert, dass die Stadt Leipzig in der Planung des

Ersteinsatzes von Atomwaffen bis zum Frühjahr 1945 eine der Optionen war....

Das alles ist ‚kein Schnee von gestern‘: Nicht nur beim Bau des City-Tunnels stoßen dort Arbeitende immer mal wieder auf immer noch voll funktionsfähige Bomben. Die Folgen des vor über 60 Jahren zu Ende gegangenen zweiten Weltkrieges sind noch nicht beseitigt. Aber schon jetzt ist im Zusammenhang mit Einsätzen der US-Luftwaffe und Bundeswehr-Tornados die Rede von ‚Kollateralschäden‘. Das, was damals geschah und was jetzt unter Beteiligung von Bundeswehrsoldaten geschieht waren und sind Kriegsverbrechen. Darum geht es, wenn im ‚neuen‘ Grundsatzprogramm der CDU behauptet wird, dass "die alte Trennung von innerer und äußerer Sicherheit .. von gestern ist." Es wird nicht mehr lange dauern, da wird auch die letzte Erinnerung an die schöne Absicht verblasst sein, das von Deutschland nur noch Frieden ausgehen solle..

Aber ganz so ‚einfach‘ ist das denn doch nicht mit der Erinnerung und dem Vergessen: In den Städten und Dörfern Großbritanniens gibt es Terroralarm. Irakische Ärzte so hört man, haben Bomben gelegt. Aber der

Aufschrei der Empörung ist dortzulande eben so verlogen wie hierzulande das Gerede von ‚mehr Sicherheit‘: Was dort geschah ist die Reaktion auf das, was US- und britische Soldaten im Irak im Auftrag ihrer Regierungen den Irakis angetan haben und antun. Da wird mit gleicher Münze heimgezahlt...

Wie lange wird es noch dauern, bis die Unterstützung dieses verbrecherischen Krieges durch die logistische Unterstützung auf dem Leipziger Flughafen auch hierzulande eben solche Folgen haben wird? Was haben deutsche Soldaten am Hindukusch zu suchen? Der 1. September und die Geschichte unseres Volkes ist ein einziges Mahnmal: Damals wurde verstanden: Nie wieder Krieg! Die Folgen eines nächsten würden weder wir noch irgend jemand nach uns erleben. (K.H)

# Alle Räder stehen still...

Diese Meldung machte die Runde: ein flächen-deckender Eisenbahnerstreik war von jeher gefürchtet - er kommt einem Aufstand gleich. Die Kapitalgruppe um Mehdorn, aber auch das deutsche Kapitals war hier etwas verwöhnt. Ein treuer Mehdorn-Freund wie der Transnet-Vorsitzende Norbert Hansen hatte doch immer wieder einen Riecher dafür, wie den Eisenbahnern vorgegaukelt werden könne, ein Börsengang könne "sozialverträglich begleitet" werden. Zwar glaubt das keiner - aber einige Naive gibt es immer. Widerstand regte sich kaum - man sah keinen Ausweg, hatte Angst und keiner rief dazu auf. Nun rief die Transnet im Vorfeld neuer Tarifverhandlungen den Warnstreik aus und erzielte ein Ergebnis, das merkwürdigerweise schon vorher im Kollegenkreis als ziemlich sicher galt. Denn der von Hansen ausgerufene Streik entsprach der Wut der Eisenbahner. Aber: Vom Börsengang war jetzt keine Rede mehr.

Die GDL (Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer) schloss sich als kleinste Nicht-DGB Bahngewerkschaft dem Transnetergebnis nicht an, sondern rief Warnstreiks für den Abschluss eines besonderen Tarifvertrages für das Fahrpersonal aus. Es wäre kurzschlüssig, nur die

Höhe der Lohnforderungen zu sehen. Der im Spalten erfahrene DB-Konzern hatte die Forderung der GDL gegenüber der Öffentlichkeit weit überhöht - er hat auch verschwiegen, dass es den Lokführern darum geht, zurückzuholen, was ihnen im Zuge der "Bahnreform" genommen wurde: Die höhere Gehaltsgruppe, die sie schon einmal hatten! Außerdem gehören zur GDL Zugbegleiter, Servicemitarbeiter - es geht um das Fahrpersonal - seine Arbeits- und Lebensbedingungen. Diese Eisenbahner werden durch ein Schichtensystem ausgebeutet, das kaum Zeit zur Erholung lässt. Das, gilt nicht nur für das fahrende Personal.

Obwohl pausenlos auf das Diensthandy überspielt - Gerichtsbeschlüsse konnten die Kollegen der GDL nicht schrecken. Nun sind diese Beschlüsse aufgehoben. Nach zwei Warnstreiks wurde die Urabstimmung über einen unbefristeten Streik eingeleitet.

Der Konzern hat an alle Beschäftigten erpresserische Schreiben verschickt, in denen er die Zahlung der mit Transnet vereinbarten Gelder für GDL-Mitglieder ausschließt. Nur wer eine entsprechende Erklärung abgibt, erhält die Leistungen nach dem Tarifvertrag vom 9. Juli 2007. Zwar gibt es Vorbehalte der Kollegen zu

einzelnen Forderungen der GDL - jedoch größere Übertritte zur GDL sind keine Seltenheit - aber auch kein Ausweg.

Eine Gewerkschaft hat im Lohnkampf langfristig nur dann Erfolg, wenn sie an die Stelle der Berufsunterschiede den Klassenunterschied setzt. Das ist weder bei der GDL noch bei der Transnet und der GDBA (zweitgrößte Verkehrsgewerkschaft der Eisenbahn) der Fall. Ein klassenbewusster Gewerkschafter wird sich deshalb dafür einsetzen, dass der Kampf des Fahrpersonals - unbestritten eine Kernschicht der Eisenbahner - mit dem Thema des Börsenganges verbunden wird (die GDL-Führung vertritt die Teil-, die Transnet-Führung mit Hansen an der Spitze die Vollprivatisierung). Ebenso wird er sich für die gemeinsamen Interessen aller Beschäftigten bei der Eisenbahn einsetzen. Die Kollegen vom Fahrdienst könnten dafür ein Vortrupp sein. Denn unbestritten ist: Weder die gewerkschaftliche Zersplitterung der Eisenbahner, noch wechselseitiger Streikbruch dient den Eisenbahnern! Unbestritten ist aber auch, dass einer Gewerkschaft keine andere Wahl bleibt, als angesichts von Profitsteigerungsraten um mehrere Hundert Prozent gegenüber dem Kapital mit ihren Forderungen schadlos zu halten.

(u.w.)

## Das war der Gipfel (!..?) - oder: Mit Tornados gegen das Grundgesetz

Nachlese eines kritischen Beobachters

Die Teilnehmer: Deutschland: Merkel ...; Frankreich - Monsieur Sarkozy gebärdet sich wie Napoleon vor der Schlacht, steht aber mit fast allen anderen europäischen Regierungen im Konflikt; Großbritannien: Blair trat schon zurück; Italien: Ministerpräsident Prodi rettet sich unter Androhung Berlusconi von einer Vertrauensfrage zur nächsten; Japan: Ministerpräsident Shinzo Abe will wenigstens im Ausland Punkte sammeln, da seine Politik in Japan kaum noch Unterstützung findet; Kanadas Stephen Harper: steht im Schatten der eigentlichen Ereignisse; Für Putin und Bush ist das die letzte Runde. Summa summarum - drei stehen vor der Rente, zwei sind Wackelkandidaten, das war ein erweitertes Abschiedessen.

Die Sicherheit (oder was immer darunter verstanden wird): Stellen Sie sich vor, was die Weltpresse von sich gelassen hätte, hätte seinerzeit eine Beratung der Generalsekretäre der kommunistischen Parteien in einem riesigen Sperrgebiet mit Einsatz zigtausender Polizisten und Luft-, Land- und Seestreitkräften stattgefunden... Von Demokratie wäre da wohl gar nichts aber jede Menge über Menschenrechtsverstöße, die Vergewaltigung der Demokratie etc. zu hören gewesen Aber das lief nicht in Berlin, der Hauptstadt der DDR, sondern in Heiligendamm, im ehemaligen Seebad der DDR-Werkstätten. Dort spielten drei fast schon

Rentner, zwei Wackelkandidaten und drei andere Weltregierung, ohne dass sie von irgendwem darum gebeten oder gar dazu ermächtigt wurden.

Die Demo: Wer sich die dann doch noch stattfindenden Demonstrationen genauer ansah stieß auf Denkwürdiges: Unter denen, die da lange vorher als ‚schwarzer Block‘ zum Schreck-gespenst braver Bürgers hochgestylt wurden, gab es einige, die deren Angriffe mit Signalen koordinierten, die eigentlich nur aus der polizeilichen Praxis bekannt sind. Einer war so ungeschickt, sich erwischen zu lassen. Jetzt prüfen Rostocker Staatsanwälte Vorwürfe, dass dieser Mann zu Straftaten aufgerufen und angestiftet habe - was da wohl rauskommt???

Demokratie, Andersdenkende und das Demonstrationsrecht: Jeder, dem das ganze nicht passt, konnte schon vor Heiligendamm ungebeten Besuch von den unfreundlichen Mitarbeitern unserer Frau Generalstaatsanwältin bekommen. Wer dann noch aufmuckte wurde mit polizeilichen Einschränkungen seines Demonstrationsrechtes bedacht. Dass es so was auch für Neo-nazis gibt, war bislang nie zu hören, denn bei deren Demos geht es um den Schutz des Demonstrationsrechtes. Und natürlich ist jeder, dem das alles nicht passt, verdächtig, mit Terroristen zu sympathisieren, vielleicht sogar selbst einer zu sein. Also hielt es ausgerechnet Frau Merkel für angebracht, Putin über Demo-

kratie an sich und demokratische Spielregeln im Umgang mit Andersdenkenden zu belehren.... Dabei könnten die doch so schöne Erfahrungen über den Umgang mit Andersdemonstrierenden austauschen.

Ankündigungen und Erwartungen: Was zum Klimaschutz beredet wurde, war nicht das, was längst passieren müsste und die Hilfe für chancenlos verarmte Völker wurde schon mal beschlossen aber auch nicht geleistet. Weder zum Iran noch zur Stationierung der US-Raketen an der russischen Grenze gab es Annäherung. Beim Kosovo wollen die USA und ihre NATO-Partner das Ding so drehen, wie das im Krieg gegen Jugoslawien lief ... koste es was es wolle. Wenn es dann Bürger- und größere Kriege zwischen Basken und Spaniern, Korsen und Franzosen, Flamen und Wallonen, Albanern und Griechen, Türken und Kurden ... gibt - die deutsche Rüstungsindustrie steht bereit und die Bundeswehr wird dann wieder mal und noch riskantere Kriegs- (pardon - das ging gegen die Sprachregelung), Kampf- (schon wieder zu deutlich) Auslandseinsätze bezahlt kriegen.. Aber: Alles das wird dem biedereren Bundesbürger als ganz großer Erfolg unser aller Kanzlerin angedreht.

Cui bono: Wem nutzt das, und: wer zahlt dafür drauf??? Übrigens: die Milch wird teurer - war da nicht mal was wie ‚Kanonen statt Butter‘???

(K.H.)

# Blühende Landschaften

Der alte Bismarck soll gesagt haben, ‚nirgends wird mehr gelogen, als im Krieg oder zur Jagd‘. Was jetzt und heute gelogen wurde und wird, stellt den alten Mann in den Schatten. Eine Kostprobe vom Ex-Kanzler H. Kohl 1990: "Durch eine gemeinsame Anstrengung wird es uns bald gelingen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Sachsen und Thüringen schon bald wieder in blühende Landschaften zu verwandeln in denen es sich zu leben und zu arbeiten lohnt."

In Abwandlung einer Marxschen These: "Die Lüge wird zur materiellen Gewalt sobald die Massen ergreift. Konkret: Die Bourgeoisie knetet die Menschen nach ihrem Bild." Nachdem diese Lügen bei der Kolonisierung der DDR ihren Zweck erfüllt hatten. Könnte man jetzt Klartext reden. Der Spiegel schrieb in schöner Offenheit über Jugoslawien, Georgien, die Ukraine etc. aber nicht über das Original im Herbst 1989. Denn so ganz geheuer ist den

Herren nicht. Deshalb muss die DDR auch heute noch und sogar dort in Verruf gebracht werden, wo es sogar für das Kapital lohnend wäre, solche Erfahrungen zu nutzen. (Der Spiegel 46/2005, S. 178)

Doch mittlerweile halten ungeduldigere Teile der deutschen Bourgeoisie den Zeitpunkt für gekommen, offen über das Ziel dieser Bemühungen zu polemisieren: Laut ‚Stern‘ geht es um die Renaturierung des Ostens. Die Schlagzeilen: Lasst die Wölfe rein, die Menschen gehen... Die Natur erobert sich große Teile Ostdeutschlands zurück.

Das sei eine Riesenchance. Solche blühende Landschaften brauche Deutschland dringend als ökologische Ausgleichsgebiete für den Klimawandel. Der Direktor des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung ist der Meinung, dass rund ein Drittel der ehemaligen DDR getrost der Schöpfung zurück gegeben werden kann. Der Staat könne gleichwertige Lebensverhältnisse nicht bis in den letzten Winkel

garantieren, geschweige denn bezahlen. Die Zeit für den Rückbau Ost drängt, dafür wird das Geld knapp, wenn Deutschland am Hindukusch verteidigt werden muss. Es geht um die Entvölkerung ganzer Regionen, dafür ist der Anspruch auf die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse aus dem Grundgesetz zu streichen. Der Wachstum des Ostens solle sich auf urbane Leuchttürme konzentrieren. Dazu die LVZ vom 6.7.07: "Das Landleben stirbt, Es gibt Landstriche da stehen nur noch Schilder. Wüstungen nennt man das.." Das ist das wahre Gesicht der ‚blühenden Landschaften‘ mit denen die ‚Helden vom Herbst 89‘ verkohlt wurden und verkohlen. Deshalb kann die Bundesregierung in Person des Ostbeauftragten Tiefensee keine Idee haben, die diese Entwicklung stoppt. Übrigens: Da kommen nicht nur die Wölfe - mit zunehmender Verzweiflung, Chancen- und Hoffnungslosigkeit gedeihen auch die Nachkommen der Nazis...

(H.Sp.)

## Zum 100. Todestag von Julius Motteler

"Unser verstorbener Freund war einer von der alten Garde, einer von denen, die ihr ganzes Leben der Befreiung des Proletariats gewidmet haben, einer von denen, die selbst in schwerster Stunde nicht verzagten." Das waren die Worte Paul Singers am 2.10.1907 auf dem Leipziger Südfriedhof am Grabe von Julius Motteler.

Der am 18.6.1838 in Esslingen geborene Julius Motteler war 1863 Mitbegründer des Arbeiterbildungsvereins in Crimmitschau und 1869 gemeinsam mit August Bebel und Wilhelm

Liebkecht Mitbegründer der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Nach Bismarcks Sozialistengesetz emigrierte Motteler nach Zürich, später nach London und übernahm die Expedition und den Vertrieb des ‚Sozialdemokrat‘. Er wurde zum Begründer des ersten proletarischen Sicherheitsdienstes und erwarb sich den Ehrennamen ‚Roter Feldpostmeister‘. In den Auseinandersetzungen mit den Opportunisten stand er fest an der Seite von August Bebel und Wilhelm Liebkecht und leistete einen bedeutenden Beitrag zur Durchsetzung der Lehren von Marx

und Engels in der vereinigten Arbeiterpartei. Nach der Aufhebung des gegen ihn ausgestellten Steckbriefes kehrte Motteler im Jahre 1901 nach Deutschland zurück und übernahm die Leitung des Verlags und der Druckerei der ‚Leipziger Volkszeitung‘. Bis zu seinem Tode am 29.9.1907 fühlte sich Motteler der sich herausbildenden Linken in der deutschen Sozialdemokratie eng verbunden. Er blieb, bis zum letzten Atemzug der Mann, der er immer gewesen war - ein Revolutionär.

(K-H.R.)

## Das Zeitalter der Skandale I:

### Aufschwung für wen?

#### Wie Arbeitslose in der Lügenfabrik Deutschland ‚verschwinden‘

Im Juli 2007 meldet die Bundesagentur für Arbeit "nur noch 3,69 Millionen Arbeitslose". Klingt nach Aufschwung und Wohlstand. Da wird wirtschaftliche Perspektive suggeriert. Sieht man genauer hin, staunt der Laie, den Fachmann wundert's nicht: 230.845 Arbeitslose, die an Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen, 310.000 Ein-Euro-Jobber, 30.100 ABM-Kräfte, 213.700 geförderte ‚Existenzgründer‘, 292.000 Empfänger von Arbeitslosengeld mit ‚vorruhestandsähnlichen Regelungen oder 470.000 ALG II-Empfänger, die über der Grenze des Erwerbseinkommens von 400 € liegen, sie all werden aus der Arbeitslosenstatistik herausgelogen. Sogar den 10.000 arbeitslosen Krankengeldbeziehern wird das Krankengeld, wofür sie ein Arbeitsleben lang gezahlt haben als ‚Arbeitseinkommen‘ angerechnet und vom ALG abgezogen. Aber auch sie verschwinden aus der Statistik. Man muss kein Mathe-Genie

sein, um die Zahl von 5.246.645 auszurechnen. Die wahre Zahl derer, die ohne Job vegetieren müssen, liegt noch viel höher. Da fehlen diejenigen, die ALG II beantragen müssen, weil sie ihre Familien mit Niedrigstlöhnen nicht ernähren können. Dass sich noch viel mehr weder Urlaub noch Teilnahme am kulturellen Leben leisten können trifft nicht ‚nur‘ diese 5,25 Millionen, sondern auch deren Kinder....

Dieser ‚Aufschwung‘ hat nicht nur in der Wirtschaft, gleich gar nicht bei Arbeitslosen stattgefunden, sondern bei Zeitarbeitsfirmen und davon profitierenden Blutsaugern: Mehr arbeiten für weniger Geld, auf Urlaub verzichten für einen unsicheren Arbeitsplatz, Ein-Euro-Jobs - da fehlt bloß noch der Reichsarbeitsdienst. Manager-Bezüge steigen seit 1990 jährlich um über 7 %. Für Beschäftigte der Telekom, der Bahn und in den wie Pilze aus dem Boden

schießenden Zeitarbeitsfirmen gilt das nicht. Es liegt in der ‚Natur‘ des Kapitals, dass die Umverteilung von unten nach oben aber nicht umgekehrt verläuft...

Großaktionäre, Vorstandsvorsitzende, Manager, Minister, Bankdirektoren, Abgeordnete mit Nebeneinkünften, die gehobene Beamten-schaft, Spekulanten, Milliarden- und Millionenerben und andere Besserverdiener haben schließlich durch ihre rechtsstaatlich oder wie auch immer erworbenen Rechte Ansprüche, die dem mit derlei Mühen unbelasteten Steuerbürger gar nicht erst zugemutet werden. Funktionieren tut dies alles genau so lange, wie sich die Millionen von den Milliardären und deren staatlich, in Medien, Unternehmen, Banken, Versicherungen, in der nichtstaatlichen Maffia und anderweitig organisierten Agenten an der Nase herumführen lassen.

(R.K.)

## Das Zeitalter der Skandale II:

# Treuhand, Justiz, Staatsanwaltschaft, Polizei und der sächsische Sumpf

Organisierte Kriminalität blüht und gedeiht nicht nur in Sachsen und sicher nicht erst in jüngster Zeit. Mit Kinderprostitution, illegalen Immobilienverkäufen, Drogenhandel und anderen krummen Geschäften werden Millionen gemacht. Im Detail konnten einige der Ereignisse, die in jüngster Zeit für Aufregung sorgen, in einem Artikel Volker Külows in der jungen Welt vom 26. Juli 2007 nachgelesen werden. Zwar ist das, was da über den LWB Juristen Dr. Klockzin und andere nachlesbar ist, so ziemlich das Hinterletzte - aber längst nicht das letzte, was im Dunstkreis des Schachers mit Immobilien, zwischen halbseidenen Geschäften, Strafreitelung und jenen doofen Osis lief, mit denen man das nicht nur nach Meinung korrupter Staatsanwälte ja machen konnte.

Wer nicht unter Gedächtnisschwund leidet kann sich noch daran erinnern, wie seinerzeit die ehemals volkseigenen Betriebe durch die Treuhand unter Mithilfe von Beschäftigungsgesellschaften ‚sozialfriedlich geräumt‘ wurden, was aus Maschinen, Patentrechten und Kundenkarteien Leipziger Unternehmen wurde. Versprochen wurden moderne Arbeitsplätze in neuen Unternehmen - was wirklich lief war ein Raubzug erster Güte. Auf der Strecke blieben die, die naiv und ehrlich geglaubt hatten, dass es jetzt daran gehe, die Ärmel hoch zu krempeln,

Leistung zu zeigen, ohne den Kollegen von nebenan in die Pfanne zu hauen.

Alles das fiel unter die Generalamnestie der Herren Kohl und Waigel. Doch das Ausmaß der dabei freigesetzten kriminellen Energien war so verführerisch, dass das auch auf die Abwicklung des volkseigenen und die Rückerstattung privaten Vermögens an Immobilien übertragen wurde. Dazu kam, dass viele derer, die da aus dem Westen kamen, um ‚zu helfen‘ jetzt die einmaligen Chancen hatten. Aus Mangel an Kohle, Qualifizierung, persönlicher Integrität und Beziehungen hätten die das drüben nicht einmal von weitem zu sehen bekommen. Es gibt Ausnahmen - aber was ist hier die Regel?

Wie können Germanisten und andere ohne einschlägige Qualifikation hierzulande z.B. Geschäftsführer kommunaler Unternehmen werden? Wie war und ist es möglich, dass dieser Postenschacher nach vorzeitigem Abgang durch Abfindungen in einer Höhe ‚reguliert‘ wird, die weit über dem liegt, was ein ehrlich Arbeitender im Laufe seines Lebens auf seinem Konto findet.

Wo es zum guten Ton gehört, nicht über das zu sprechen, was ‚man hat‘ versteht sich nicht nur die Versorgung mit Posten, Pöstchen und Pensionsansprüchen. Richtig Geld wird erst mit Nebeneinkünften, will heißen als Aufsichtsrat,

Berater, mit fürstlich honorierten Vorträge in illustren Kreisen, ‚Gefälligkeiten‘ und Freundschaftsdiensten ‚verdient‘. Beim Essen kommt der Appetit: Wer sich im sechsstelligen bewegt, stellt die Frage, wie das weiter geht. Skrupel und Zögerlichkeit beim Einsatz von Ellenbogen und noch ganz anderen ‚Instrumenten‘ stören dabei nur noch. Wie einst Raskolnikow: Der solcherart ‚Auserwählte‘ kommt fast zwingend zu dem Schluss, dass für ihn weder Straßenverkehrsordnung noch Strafgesetzbuch gelten. Sitzt man dann noch selbst als Staatsanwalt oder Richter über andere zu Gericht und hat derlei Probleme mit dem eigenen Ego - da liegen Machtmissbrauch, und krumme Geschäfte so verführerisch nahe, dass selbst vor Kinderprostitution nicht halt gemacht wird, wenn man dazu gehören will.. Wer da ehrlich bleiben will, ist und bleibt - aus dieser Sicht - der Dumme. Manch einer hat die Losung ‚Wir sind das Volk!‘ schon zu den Akten gelegt. Es ist aber höchste Zeit, all jene daran zu erinnern, die jetzt ‚im Namen des Volkes‘ das Recht verdrehen, Nazis marschieren lassen, auf Gesetze pfeifen, Kriegseinsätze unterstützen und ‚im Namen ihrer repräsentativen Parteiendemokratie‘ Polizei, Tornados, und Soldaten gegen die einsetzen, die nicht so denken... wie die das wollen...

(R.S./K.H.)

## Das Zeitalter der Skandale III:

# Die Tour de Farce 2007

Nun sind auch 2007 der Mann in Gelb, die Mannschaft von T-Mobil und andere im Dopingverdacht. Verheißungsvolle Klänge am Anfang der Tour wie etwa die Kampfansage, die Ehrenerklärungen, Bestrafung von Verantwortlichen, geständige Fahrer und Besserungsgelöbnisse - alles längst vergessen, bevor das ausgesprochen, unterschrieben und durch die Medien geblasen wurde. Schon Ende Mai ahnte der Fernsehrat vom ZDF - Peter Danckert - Vorsitzende des Bundestags-Sportausschusses sprach es aus, es könne nicht sein, "dass wir einen noch nicht dopingfreien Sport durch Gebühren unterstützen."

Jetzt, aus aktuellem Anlass steigen die Saubermänner der öffentlich Rechtlichen - (keine Sorge: nur vorübergehend) - aus dieser Werbeeinnahme aus. Lange dauert das nicht, den Herrschaften schwant: Sponsoren werden ansteigen, der Profi-Radsport verliert mit den rollenden Werbekarawanen seinen wirklichen Sinn - wo kommen dann die längst verplanten Einnahmen her? Da die Olympischen Spiele ja auch nicht dopingfrei ablaufen - was wird dann



überhaupt mit dem Profi-Werbe-Geschäft? Händeringend suchend fanden die Bosse der Werbeindustrie dann noch ein Argument: Da hängen hunderte, tausende, ach noch viel mehr Arbeitsplätze dran...

Über die eigenen Einkünfte zu reden - macht man nicht. Aber es geht ja nicht nur um die Gehälter, die da eingesteckt werden: Da hängen die Umsätze der elektronischen und der Printmedienindustrie eben so dran, wie die, die die Pharmaindustrie mit den so ins rechte Licht gerückten Drogen machen, da gibt es Apotheker, die Ärzteschaft und deren Lobby. Aber dar-

über wird nicht geredet. Hier fehlt's an ‚Saubermännern‘. Denn: Nehmen die weniger ein, wird es dünn für Werbefonds, für Annoncen, für deren Lobby damit auch für nebenbeschäftigte Abgeordnete. Ergo: Was hier rollt, sind nicht nur die Räder, die jeder nun nur noch bei SAT 1 sehen konnte: Das ist eine Geldmaschine.

Wer da immer noch vom Sport redet, hat überhaupt nichts verstanden.. - Das ist das in einem rücksichtslosen Kampf um Zuschauerzahlen, Einschaltquoten und immer höhere Umsätze vermarktete Geschäft mit Stars und Sternchen, um Siegertypen und Loser. Warum wohl wird nicht die Spur zu den Produzenten von Doping-Mitteln verfolgt, weshalb wird nicht strenger kontrolliert, was da bei der Pharmaindustrie, beim Handel mit diesen Substanzen, bei Ärzten und in Apotheken abgeht?? Aber: was wollen die wenigen, die immer noch nicht wahr haben wollen, dass dieser ‚Sport‘ Teil des Ganzen ist, gegen jene ausrichten, die dafür sorgen, dass dieser Sumpf immer schön feucht bleibt. Sie könnten auch Frösche zu Hilfe rufen...

(R.H.)

## Das Zeitalter der Skandale IV:

# Denken verdächtig

### Historischer Materialismus ist verfassungsfeindlich

Die Rechtsanwälte Prof. Dr. Roth und Dr. Sellner haben eine Stellungnahme zur Beobachtung der Linkspartei/PDS durch den Verfassungsschutz erarbeitet. Beide haben sich durch eine größere Zahl von Publikationen als Juristen ausgewiesen - insofern ist das, was da an juristischen Argumenten zur Rechtfertigung dieser Beobachtung zu Papier gebracht wurde, durchaus ernst gemeint und ernst zu nehmen. Wenn es schon ausreicht, "einen der in § 4 Abs. 2 genannten Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen", dann ist Aufmerksamkeit geboten. Dabei geht es um

"a) das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,

b) die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,

c) das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,

d) die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,

e) die Unabhängigkeit der Gerichte,

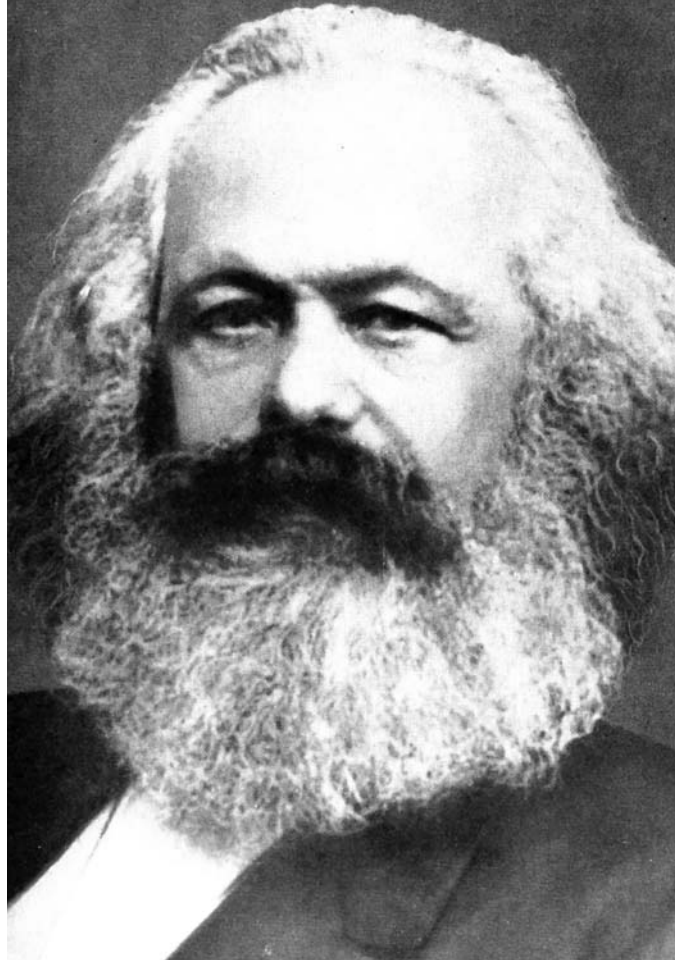
f) der Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft und

g) die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte."

Für die Stellungnehmenden ist es ohne Belang, dass die Linkspartei/PDS von einer großen Zahl von Bürgern gewählt wurde. Ausschlaggebend ist statt dessen, dass "Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen bestehen", wobei davon ausgegangen wird, dass es in ihr "eindeutig verfassungsfeindliche Gruppierungen" gibt.

Als "tatsächliche Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen der Linkspartei/PDS" werden geltend gemacht:

1. das "Anstreben einer sozialistischen Gesellschaft", wobei insbesondere die umfassende Umgestaltung der Eigentums- und Machtverhältnisse nach dem „Basis-Überbau-Modell“, die Ablehnung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und der kapitalistischen Demokratie als Beweise geltend gemacht werden. In diesem



Zusammenhang zitieren die Autoren Marx ‚Vorwort zur Kritik der politischen Ökonomie‘.

2. die "Propagierung der sozialistischen Revolution", wobei zwar durchaus zugestanden wird, dass die Linkspartei/PDS die traditionelle marxistische Terminologie vermeidet. Aber da sind doch noch "die marxistisch-leninistischen Wurzeln, namentlich die Feindbilder und das Klassendenken erhalten geblieben." Sogar die Formulierung des Ziels einer Gesellschaft, in der die freie Entwicklung des Einzelnen zur Bedingung der freien Entwicklung aller geworden ist", d.h. die Anlehnung an das Kommunistische Manifest wird solcherart zu einer ‚verfassungsfeindlichen Bestrebung‘. Nicht weniger aufschlussreich sind die in diesem Zusammenhang hervorgehobenen Textpassagen aus dem Verbotsurteil des BVerfG gegen die KPD von 1956.

3. die "Inanspruchnahme des Widerstandsrechts" dort, wo die Linkspartei/PDS da ein Recht auf Widerstand in Anspruch nimmt, "wo Personen, Gruppen und Staaten die Würde des Menschen missachten und ihrerseits Gewalt anwenden."

4. der "Einschluss linksextremistischer Gruppierungen in der Linkspartei/PDS", namentlich der Kommunistischen Plattform. Dabei stützen sich die Verfasser auf ein Verständnis von politischen Extremismus als "Sammelbegriff für diejenigen politischen Gesinnungen und Bestrebungen, die den demokratischen Verfassungsstaat bzw. seine fundamentalen Werte und Regeln ablehnen." Ausreichend dafür ist schon das Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus,

5. die "unklare Distanzierung von der SED-Herrschaft". Da hilft auch kein "Versuch, die Verantwortung für diese Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen des SED-Regimes auf einige wenige Personen abzuschieben", weil immer noch versucht werde, das sozialistische System insgesamt als positiv zu würdigen. Wer nicht bereit ist, die Totalitarismustheorie als Grundlage des Verständnisses der sozialistischen Gesellschaft zu nutzen ist - hinreichend verdächtig, verfassungsfeindliche Bestrebungen zu verfolgen..

6. die "Zusammenarbeit mit Linksextremisten außerhalb der Linkspartei/PDS", wobei die DKP, die MLPD, Linksruck und die SAV genannt werden. Insbesondere kritikwürdig erscheint dabei die DKP schon deshalb, weil die sich als "revolutionäre Partei der Arbeiterklasse" versteht, die "den grundlegenden Bruch mit den Eigentums- und Machtverhältnissen anstrebt."

Angesichts dieses Verständnisses von Demokratie, Meinungsfreiheit und Menschenrechten steht die Frage, wer denn da wirklich die freiheitlich-demokratische Grundordnung bedroht. Befangen im Eigenleben juristischer Urteile vergessen die dort Lebenden durchaus nicht, dass es außerhalb ihrer Welt Dinge gibt, die ihre Kreise ganz gewaltig stören können. Aber die Regeln und Werte, die dieser Stellungnahme zugrunde liegen, sind ausschließlich am Erhalt der bestehenden Eigentums- und Machtverhältnisse, an der durch die Macht der durch das Kapital beherrschten Medien manipulierten Meinung, an der Verunglimpfung und Kriminalisierung aller alternativen Denkansätze orientiert. Woher sollen Juristen auch wissen, dass es wissenschaftliche Analysen gibt, in denen die Beschränktheit ihres bürgerlichen Rechtsbewusstseins zutage tritt???

(K.H.)

## Leserbrief 1

Die mit 0,54% viel zu hoch ausgefallene Rentenerhöhung gibt mir denn doch Anlass zu ernsthafter Sorge:

Wurde da auch wirklich an die Folgen gedacht? Schließlich sind das pro Jahr 1,2 Milliarden Mehrkosten für den Staatshaushalt. Und dann kommen da noch die Jahr für Jahr allein schon wegen steigender Rezeptkosten immer höheren Mehrausgaben für die Krankenkassen hinzu. Nicht weniger ernsthaft sind die gesundheitlichen Folgen für alle hinzu, die nun ausweglos von Fettleibigkeit, Übergewicht etc. betroffen sind. Schließlich nicht zu vergessen: der Stress, der da den Rentnern zugemutet wird, die nicht mehr aus noch ein wissen, weil sie sich zwischen einem Brot oder einem Stück Wurst ent-

## Leserbrief 2

Mit der Vereinigung von Linkspartei.PDS und WASG wurde die Partei DIE LINKE gegründet. In der bisherigen Entwicklung wurde parlamentarische Arbeit **das** Instrument der politischen Arbeit - außerparlamentarische Aktionen treten immer mehr in den Hintergrund. Die Führung dieser Partei hat klar gemacht, wie sie steht: Trotz aller Skandale bei Siemens, VW, Bayer, in der Fleisch- und Nahrungsmittelwirtschaft, bei Bürokraten, Staatsanwaltschaft, Polizei etc. - die wollen diesen Kapitalismus reformieren, ihn humaner und menschlicher machen.

Ein „Enkel Willi Brandt's“ muss sich fragen lassen, was der als Berlins Regierender oder als Bundeskanzler für den Sozialismus getan hat. Was ist sozialistisch an dem, was Gregor Gysi

## Leserbrief 3

Ich gehöre leider zu den Menschen, die im Alter von 55 Jahren, nach über 40 Jahren Berufsausübung unverschuldet arbeitslos geworden sind. Dieser Staat hat mich durch seine menschenfeindliche Bürokratiendiktatur krank und arbeitsunfähig gemacht. Seit knapp einem Jahr schon kann ich nicht mehr arbeiten, bin auf Arbeitslosengeld II angewiesen und deshalb auch gezwungen all diese tiefen Kränkungen und Demütigungen zu ertragen, die vom Gesetzgeber so gewollt sind, um durch soziale Demagogie kranke und sozial schwache Menschen zu stigmatisieren, ihnen die Schuld am System zuzuweisen, um von den tatsächlichen Ursachen abzulenken. Das System hat Methode. Da meine liebe Ehegattin auch durch Staatsverschulden arbeitslos geworden war - ihr Arbeitgeber verkrafftete nicht, dass er die Steuern und Kassenbeiträge im Voraus zahlen muss - sind wir eine Bedarfsgemeinschaft und werden finanziell entsprechend kurz gehalten. Dass meine Frau zwei Monate lang keinen Lohn bekommen hat und sich Geld pumpen musste, zählt nicht. Als ihr ein Abschlag vom

scheiden müssen, weil die 2 Euro ja nicht für beides reichen. Als ich das alles mit unserem Nachbarn bereden wollte, hatte der eine Idee, die mir dann doch viele Sorgen um den Aufschwung der Wirtschaft genommen hat: Der denkt, dass das alles geplant ist, weil die Regierung nicht mehr weiß, was sie sonst noch gegen das steigenden Durchschnittsalter machen kann. Trotzdem: So ganz beruhigt bin ich denn doch nicht. Deshalb: Bitte, liebe Regierung und liebe Abgeordnete, prüft doch noch einmal alle Vor- und Nachteile und beschließt wirklich nur das, was angesichts der nächsten Diätenerhöhung zu vertreten ist, denn deren Notwendigkeit haben wir alle auch gleich eingesehen...

(W. Z.)

zur DDR zu sagen hat? „Vordenker“ Andre Brie verteidigt die komplette Privatisierung der Dresdner Wohnungen und tritt für den Verbleib der Bundeswehr in Afghanistan ein. Für den besteht die Befreiung vom Hitlerfaschismus darin, dass die USA dazu beigetragen habe, „dass sich die sowjetische Diktatur nicht weiter in den westen Europas ausgedehnt habe.“ Alles lässt sich gar nicht auflisten. Eben so offensichtlich ist, was Heinz Stehr auf der 11. Tagung des Parteivorstandes der DKP feststellt: „Wir haben keinen Grund, der irgend eine Distanz zur Linkspartei rechtfertigt. Unsere Aufgabe besteht in einer möglichst organisierten Zusammenarbeit und in der parteilichen Auseinandersetzung über strittige Fragen.“

B.N.

Insolvenzgeld gezahlt wurde konnte sie einen Teil des gepumpten Geldes zurückzahlen. Doch für den Staat geht die Rechnung anders: Durch den Zufluss von Geld war die Bedarfsgrenze überschritten und so musste ich mein Alg II für einen Monat zurückzahlen. Und ausgerechnet da kam der Stromversorger und wollte eine Nachzahlung von rund 200 Euro, weil er ja die Preise erhöht hatte und die monatlichen Abschläge in Summe nicht reichten. Da wir nicht zahlen konnten, wollte der uns den Strom abstellen. Ich beantragte bei der zuständigen Arbeitsgemeinschaft (Arge) eine einmalige Leistung im Notfall als Darlehen, damit wir weiter mit Strom leben können. Der Darlehensantrag wurde aber angelehnt, weil Stromkosten in der Regelleistung schon enthalten sind und „Schulden nicht übernommen werden“. Wir waren gezwungen, die Nachzahlung vom Regelsatz zu leisten und lebten dann 4 Wochen vom Rest: Von 145 Euro. Und da ich mich öffentlich „herzlich bedankt“ habe, wird bei der Staatsanwaltschaft Leipzig ein Ermittlungsverfahren gegen mich geführt. HJB

## Termine der DKP-Gruppe

**Montag den 27.08.2007 - 18.00 Uhr im**

**Liebknechthaus / Braustraße**

Öffentliche Mitgliederversammlung

"Konterrevolution auf Latschen - Bemerkungen zu den Montagsdemos 1989"

Referent: Karl-Heinz Reinhardt

**Montag, den 3.9.2007 - 18.00 Uhr im Lieb-**

**knechthaus / Braustraße**

Veranstaltung von ‚Leipzigs Neue‘:

Bonn im Blick - DDR - Aufklärung aus der Sicht ihres letzten Chefs

Referent: Gen. Generaloberst a.D. Werner Großmann

**Dienstag, den 4.9.2007 - 18.00 Uhr im Lieb-**

**knechthaus / Braustraße**

Gemeinsame Veranstaltung von Rotfuchs und Marxistischem Forum

"Hammer, Zirkel, Hakenkreuz - wie antifaschistisch war die DDR

Prof. Dr. Detlef Joseph

**Sonntag, den 15.9.2007 Demonstration**

**gegen Neonazis in Berlin**

Abfahrt am Schwanenteich 06.30 Uhr -

Unkostenbeitrag 10,00 €

Bitte unter 03 41 / 35 53 20 55

**Sonntag, den 29.9.2007 - 10.00 Uhr Süd-**

**friedhof**

Aus Anlass des 100. Todestages Kranznieder-

legung am Grab des Roten Feldpostmeisters

**Dienstag, den 2.10.2007- 18.00 Uhr im**

**Liebknechthaus / Braustraße**

Gemeinsame Veranstaltung von Rotfuchs und Marxistischem Forum

"Wohin geht Lateinamerika?"

Vortrag des letzten Botschafters der DDR in Kuba Karlheinz Möbus

**Sonntag, den 06.10.2007 - 10.00 Uhr im**

**Liebknechthaus / Braustraße**

Erstes Treffen des Freundeskreises der DKP

**Sonntag, den 10.11.2007 - 10.00 Uhr**

**Bürgerzentrum Messemagistrale**

Gemeinsame Veranstaltung von DKP, ISOR,

KPF, Rotfuchs und Marxistischem Forum

Vortrag zum 90. Jahrestag der Großen Sozial-

istischen Oktoberrevolution

Referent: Prof.Dr. Götz Dieckmann

### IMPRESSUM:

**Herausgeber:** Deutsche Kommunistische Partei, DKP-Gruppe Leipzig, PF 301 274, 04252 Leipzig  
**e-Mail:** dkp-leipzig@gmx.de

**Redaktion:** Klaus Hesse (V.i.S.P.),

**Gestaltung:** Hans-Jürgen Berg,

**e-Mail:** bergpr1@gmx.de

**Druck:** Osiris-Druck Leipzig

Das Mitteilungsblatt erscheint viermal jährlich. Namentlich gekennzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerhaltende Kürzungen vor. Das nächste Mitteilungsblatt erscheint im Dezember 2007.

**junge Welt -  
Die Tageszeitung**

Tel. 030/53635580

**Unsere Zeit  
Sozialistische Wochenzeitung der  
DKP**

ISSN 0943-4216